

## **Keine Rezepte von gestern für Probleme von heute**

Gegen die Wiedereinführung des Saisonierstatuts

In letzter Zeit wurden in Volksabstimmungen politische Entscheide getroffen, die schwerwiegende Auswirkungen für die betroffenen Menschen haben – so z.B. mit der Annahme der Ausschaffungs- und der Verwahrungsinitiative oder solchen, die staatspolitisch sehr problematisch sind wie die Minarettinitiative. Ein Signal in dieselbe Richtung ist die Zustimmung zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. Für deren Umsetzung soll zur Steuerung der Zuwanderung nun auf längst überholte Kontingentierungen zurückgegriffen werden.

Wir Mitglieder von SP60+ wehren uns gegen alle Bestrebungen, die zur Umsetzung der Initiative das menschenfeindliche Saisonierstatut wieder beleben wollen. Menschen dürfen nicht wie Ware behandelt und verschoben werden. Wir wollen keine Abschaffung des Familiennachzugs. Wir wollen keine Demontage der rechtlichen Stellung von Migrantinnen und Migranten. Wir wollen keine Rückkehr zum Kurzaufenthalt, der jeden Stellenwechsel verunmöglicht und die Betroffenen in eine prekäre Rechtsstellung versetzt.

Wir Mitglieder von SP60+ sind die Generation, die noch weiss, wie unmenschlich das Saisonierstatut funktioniert hat und was für unwürdige Auswirkungen es hatte. Wir erinnern uns an die Rechtlosigkeit und Willkür auf dem Arbeitsmarkt, an das unwürdige Leben in Wohnbaracken, an das Leid von getrennten Familien, an die versteckten Kinder, die nicht zur Schule gehen konnten, an die Verletzung der Menschenrechte und Menschenwürde von Saisoniers, die nur als Arbeitskräfte geholt worden waren.

Die demnächst zur Abstimmung kommende Ecopop-Initiative lehnen wir ebenso konsequent ab. Deren Annahme hätte noch verheerendere Folgen. Die Initiative fordert eine noch viel weitergehendere Begrenzung der Zuwanderung, die wohl nur unter massiver Verletzung bestehender Rechte der bereits hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer durchsetzbar wäre. Die Initiative ist fremdenfeindlich und untergräbt die Rechte der Arbeitnehmenden. Sie will die Zuwanderung unter einem ökologischen Deckmantel bekämpfen. Sie ist ungläubwürdig, weil sie die unter wirtschaftlicher Fehlentwicklung entstandenen Umweltschäden ausser Acht lässt.

Wir wollen an den positiven Auswirkungen der Personenfreizügigkeit festhalten. Sie beruht auf der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmenden, die legal in der Schweiz leben und arbeiten. Gleichzeitig fordern wir, dass flankierende Massnahmen die einheimischen Arbeitskräfte verstärkt vor Lohndumping schützen. Wir setzen uns ein für eine offene Schweiz, die die Zukunft Europas mitgestaltet.